

**Geschäftsführung
Jugendhilfeausschuss**

Es informiert Sie	Norbert Korte
Telefon (0202)	563 25 41
Fax (0202)	563 80 38
E-Mail	Norbert.Korte@stadt.wuppertal.de
Datum	20.05.03

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 06.05.2003

Anwesend sind:

Vorsitz

Herr Karl-Friedrich Kühme

von der CDU-Fraktion

Herr Horst-Emil Ellinghaus, Herr Ralf Geisendörfer, Herr Arno Gerlach

von der SPD-Fraktion

Frau Helga Güster , Herr Andreas Mucke, Frau Gudrun Winkels-Haupt ,

von der FDP-Fraktion

Herr Marcel Hafke

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Paul Yves Ramette

berat. Mitglied § 58 I GO NRW

Frau Gabriele Mahnert

von den Wohlfahrts- u. Jugendverbänden

Herr Eckhard Arens (Caritasverband), Frau Andrea Douven (Jugendring), Frau Barbara Dudda-Dillbohner (Arbeiterwohlfahrt), Frau Anneliese Füssel (Jugendring), Frau Renate Schäning (Diak. Werk Barmen), Herr Günter Schmalenbeck (Jugendring)

als ber. Mitglieder gem. Satzung des Jugendamtes

Herr Reinhard Fliege (Deutsches Rotes Kreuz), Frau Ute Feldbrügge, ab 16.25 Uhr (DPWV), Frau Eva Gienger (Arbeitsamt), Herr Dr. Stefan Kühn (Leiter des Geschäftsbereiches Soziales, Jugend und Integration), Herr Hartmut Kumpf (Evang. Kirche), Herr Thomas Lenz (Leiter des Ressorts Jugendamt und Soziale Dienste), Frau Ursula Reichert (Schulen), Frau Regine Richling (sachkundige Bürgerin), Frau Andrea Sauter-Glücklich (Jugendgericht), Frau Helena Wendt (sachkundige Bürgerin)

als Vertreter der Bezirksjugendräte

Felix Tota

Vertreter/innen der Verwaltung

Herr Uwe Meissner (201.0 – Fachbereich Kinder- u. Jugendhilfe), Herr Dieter Verst, Herr Peter Krieg (beide SB 208 - Jugend & Freizeit), Frau Christine Schmidt (201.JHP - Jugendhilfeplanung, Herr Klaus-Peter Stein (Ausländerbeauftragter), Frau Cornelia Weidenbruch (SB 202 - Tageseinrichtungen für Kinder)

Schriftführer: Norbert Korte

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 17:10 Uhr

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird **Herr Hafke**, stellvertretendes Mitglied des Jugendhilfeausschusses für Frau Panetta-Jung, formgemäß verpflichtet.

Es besteht Einvernehmen, die Tischvorlagen

- Antrag der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege zur offenen Ganztags-Grundschule Drs.-Nr. VO/1499/03
- Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu den Folgen des Hartz-Konzeptes im Bereich berufsqualifizierender Maßnahmen für Jugendliche ohne Schulabschluss Drs.-Nr. VO/1449/03

als Tagesordnungspunkt 4.5 zu behandeln bzw. die Antwort auf die Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der Niederschrift als Anlage beizufügen (wird nachgereicht).

Auf Vorschlag von Frau Güster wird die Beratung der Drs.-Nr. VO/1387/03

Zusammenarbeit der städt. Jugendberufshilfe mit dem Arbeitsamt

auf die kommende Sitzung am 01.07.03 vertagt. Die Vorlage soll dann gemeinsam mit der für die Beratung in verschiedenen Ausschüssen vorgesehenen Drs.-Nr. VO/1392/03

Sachstandsbericht zur Situation der drittmittelfinanzierten Qualifizierungs- und Beschäftigungsmaßnahmen im Stadtbetrieb Weiterbildung

behandelt werden.

I. Öffentlicher Teil

1 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 04.03.03 (bereits zur Sondersitzung am 09.04.03 zugestellt)

Gegen die Niederschrift über die letzte Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 04.03.03 werden keine Einwände erhoben. Die Niederschrift gilt damit als genehmigt.

2 Anliegen der Bezirksjugendräte

Einer der neuen Bezirksjugendräte, **Felix Tota**, die im Wechsel an den Sitzungen des Jugendhilfeausschusses teilnehmen, stellt sich kurz vor.

3 Kürzung der Landesmittel für die offene Kinder- und Jugendarbeit Vorlage: VO/1401/03

Frau Richling erläutert das als Drucksache vorliegende Schreiben an die Wuppertaler Landtagsabgeordneten. Ohne vorherige Ankündigung würden die Lan-

desmittel um 10 % (= 66.000 €) gekürzt. Frau MdL Appelt habe zugesagt, sich im Jugendhilfeausschuss des Landtages für die Rücknahme der Kürzung einzusetzen. Auch Herr MdL Dr. Freimuth unterstütze die Belange der freien Träger, hege aber keine großen Hoffnungen. Die Kürzung führe bei Trägern mit großen Jugendeinrichtungen zu Verlusten von 6.000 bis 7.000 €, die nur noch durch Personaleinsparungen aufgefangen werden könnten. Weniger Personal bedeute aber eine Verschlechterung des Angebotes.

Im Hinblick auf die Einführung der offenen Ganztags-Grundschulen befürchtet sie für die Zukunft noch weitere Einsparungen des Landes zu Lasten der Jugendeinrichtungen.

Herr Dr. Kühn ergänzt, dass nicht nur die Einrichtungen der freien Träger betroffen sind. Auf die städtischen Einrichtungen entfielen 26.000 €, auf die der freien Träger 40.000 €.

Frau Güster und **Herr Gerlach** halten die Kürzung der Landesmittel für die offene Kinder- und Jugendarbeit für nicht gerechtfertigt. Sie schlagen vor, die Forderung der Trägerkonferenz durch einen Appell an alle Fraktionen des Landtages und an das zuständige Landesministerium zu unterstützen.

Es besteht Einvernehmen, die Verwaltung mit der Formulierung eines entsprechenden Appells zu beauftragen.

Bereits vor der Sitzung ist eine überarbeitete Anlage 1 zur Drs.-Nr. VO/1194/03 „Betriebskostenzuschüsse 2003 an freie Träger offener Jugendeinrichtungen“ ausgelegt worden. Die Drs.-Nr. VO/1194/03 hat der Jugendhilfeausschuss bereits in der Sitzung am 04.03.03 abschließend behandelt. In der Anlage werden die gekürzten Landesmittel für 2003 und der tatsächliche Eigenanteil der freien Träger für 2002 ausgewiesen.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 06.05.2003:

Die Verwaltung wird beauftragt, im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden für den Jugendhilfeausschuss an die Fraktionen im Landtag und das Ministerium für Schule, Jugend und Kinder NRW zu appellieren, die im Bereich der offenen Kinder- und Jugendarbeit beschlossenen Kürzungen zurückzunehmen.

Einstimmigkeit

4	Einführung der Offenen Ganztags-Grundschule
4.1	Ganztagsgrundschulen in Wuppertal Vorlage: VO/1314/03 <u>Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 06.05.2003:</u> Beratung auf die Sondersitzung am 21.05.03 vertagt.
4.2	Betreuungsangebot an Wuppertaler Grundschulen Vorlage: VO/1321/03 <u>Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 06.05.2003:</u> Beratung auf die Sondersitzung am 21.05.03 vertagt.

**4.3 Verbesserung der Betreuung von Schulkindern im Primarbereich – Einführung der offenen Ganztagsschule in ausgewählten Stadtbezirken (Pilot-OG)
Vorlage: VO/1315/03**

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 06.05.2003:

Beratung auf die Sondersitzung am 21.05.03 vertagt.

**4.4 Stellungnahme der Trägerkonferenz der offenen Jugendarbeit (AG II nach § 78 KJHG) zur Einführung der offenen Ganztags-Grundschule
Vorlage: VO/1391/03**

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 06.05.2003:

Beratung auf die Sondersitzung am 21.05.03 vertagt.

**4.5 Antrag der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege zur offenen Ganztagsgrundschule
Vorlage: VO/1499/03**

Herr Dr. Kühn weist noch einmal auf den bereits bekannten Termin für die vom Schulausschuss angeregte gemeinsame Sondersitzung am 21. Mai hin. Der Unterausschuss Jugendhilfeplanung habe sich in seiner Sitzung am 29. April auf eine Sondersitzung zu diesem Thema am 20. Mai verständigt. Die Verwaltung bereite zurzeit eine Drucksache über die weitere Vorgehensweise für die Sitzung des Verwaltungsvorstandes am 12. Mai vor. Falls der Verwaltungsvorstand zustimme, könne die Vorlage anschließend umgehend für die Sondersitzungen am 20./21. Mai versandt werden.

Der **Vorsitzende** erinnert an den Termin 31. Mai für die Antragstellung. Der Rat der Stadt tage aber erst am 2. Juni, sodass für das kommende Schuljahr kein Antrag mehr gestellt werden könne. Im Übrigen sei die Zeit bis Ende des Monats zu kurz, um in Abstimmung mit den freien Trägern die notwendigen Diskussionen und Vorarbeiten abzuschließen.

Herr Gerlach erwartet für die Sondersitzungen am 20./21. Mai noch kein fertiges Konzept der Verwaltung. Man werde auch Zeit brauchen, um sich mit der Verwaltungsvorlage eingehend zu befassen.

Auf Nachfrage erklärt **Herr Dr. Kühn**, dass die bisherigen Angebote für die Ganztagsbetreuung von Schulkindern bis 2007 parallel zu den Ganztags-Grundschulen vom Land weiter gefördert werden. Danach laufe die Förderung aber wahrscheinlich nach und nach aus.

Herr Gerlach betont, dass im Unterausschuss weitgehend Einigkeit über die Einrichtung offener Ganztags-Grundschulen besteht. Wuppertal biete in dieser Hinsicht gute Voraussetzungen und brauche sich nicht zu verstecken.

Herr Arens kündigt an, dass die freien Träger für den Erhalt der Horte für die Ganztagsbetreuung von Schulkindern auch über das Jahr 2007 hinaus kämpfen werden.

Frau Schänig drängt darauf, in der heutigen Sitzung über den ausliegenden Antrag der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege abzustimmen, in dem gefordert wird, die Einführung der offenen Ganztags-Grundschule auf das Schuljahr 2004/05 zu verschieben.

Frau Güster spricht sich dafür aus, mit einer Entscheidung bis zur Sondersitzung

am 21. Mai zu warten. Man müsse über den Antrag zuerst einmal in der Fraktion beraten.

Herr Gerlach sieht nur noch geringe Chancen für eine zeitgerechte Antragstellung. Die für den 21. Mai geplante Sondersitzung mache daher nicht mehr viel Sinn.

Herr Mucke könnte sich auch eine Dringlichkeitsentscheidung nach dem 21. Mai vorstellen, um den Termin für die Antragstellung einzuhalten.

Die gleiche Auffassung wie Herr Gerlach vertritt auch der **Vorsitzende**. Wenn am 21. Mai noch kein Vorschlag für die Einführung einer offenen Ganztags-Grundschule zum Schuljahresbeginn 2003/04 von der Verwaltung vorgelegt werden könne, bedürfe es auch keiner Sondersitzung.

Herr Arens betont, dass die Arbeitsgemeinschaft aus inhaltlichen Gründen - unabhängig von den Terminzwängen - eine Verschiebung um ein Jahr fordert. Bis zur Einführung der offenen Ganztags-Grundschule müssten noch viele Fragen geklärt werden, was bis zum kommenden Schuljahresbeginn nicht möglich sei. Er verweist in diesem Zusammenhang auf den Punkt 3 des Antrages, nach dem die Arbeitsgemeinschaft auf Wunsch der Politik einigen wenigen Modellprojekten unter Berücksichtigung eines besonderen Abstimmungsbedarfs zustimmen würde.

An der weiteren Diskussion beteiligen sich noch Herr Schmalenbeck, Frau Dudda-Dillbohner, Herr Ramette, Frau Güster, Herr Arens und der Vorsitzende.

Herr Dr. Kühn bekräftigt, dass in der Verwaltungsvorlage auf keinen Fall vorgeschlagen wird, die offene Ganztags-Grundschule ohne ausreichende Diskussion mit allen Beteiligten und Klärung aller Fragen im „Hauruckverfahren“ einzuführen.

Der Ausschuss verständigt sich darauf, die Beschlussfassung über den Antrag auf die Sondersitzung am 21. Mai zu verschieben.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 06.05.2003:

Die weitere Beratung und Beschlussfassung wird auf die Sondersitzung am 21. Mai vertagt.

Einstimmigkeit

5 Strategische Steuerung **Vorlage: VO/1330/03**

Es besteht Einvernehmen, dem Vorschlag des **Vorsitzenden** zu folgen und die Vorlage in der heutigen Sitzung nur als eingebracht zu betrachten. Die eigentliche Beratung soll in der kommenden Sitzung am 01.07.03 erfolgen.

6 Aus dem Unterausschuss Jugendhilfeplanung

6.1 Jugendhilfeplanung Offene Kinder- und Jugendarbeit **Vorlage: VO/1135/03**
Stadtbezirke Cronenberg, Barmen, Ronsdorf

Herr Gerlach informiert über die Beratungen im Unterausschuss Jugendhilfeplanung.

Im Zusammenhang mit Beschlussempfehlung der Bezirksvertretung Ronsdorf weist **Herr Verst** auf Nachfrage darauf hin, dass die Verwaltung heute nur einen

Beschluss zur Bedarfsplanung und noch nicht über konkrete Umsetzungsmaßnahmen vorschlägt.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 06.05.2003:

Der vorliegende Jugendhilfeplan Offene Kinder- und Jugendarbeit Cronenberg, Barmen und Ronsdorf wird beschlossen.

Einstimmigkeit

6.2 Jugendhilfeplanung: Notaufnahmen 2001 und 2002
Vorlage: VO/1388/03

Herr Gerlach informiert über die Beratungen im Unterausschuss Jugendhilfeplanung.

Es besteht Einvernehmen, dem Vorschlag von **Frau Güster** zu folgen und über die aus dem Bericht zu ziehenden Konsequenzen noch einmal intensiv im Unterausschuss Jugendhilfeplanung zu beraten.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 06.05.2003:

Der Bericht wird ohne Beschluss entgegengenommen.

7 Errichtung einer viergruppigen Tageseinrichtung für Kinder in der Ferdinand-Lassalle-Straße als Ersatz für die städt. Tageseinrichtung Schenkstr. 34
Vorlage: VO/1405/03

Frau Güster stimmt für ihre Fraktion der Vorlage zu. Sie bedauert jedoch, dass mit diesem Beschluss der Verzicht auf andere Bauvorhaben verbunden ist.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 06.05.2003:

1. Die Errichtung und Inbetriebnahme einer Tageseinrichtung für Kinder in der Ferdinand-Lassalle-Straße mit Baukosten von 1.500.000 Euro wird beschlossen. Für die Erstausrüstung der zusätzlichen Kindertagesstättengruppe und zur Ergänzung des Inventars sind 60.000 Euro aufzuwenden.
2. Mit Inbetriebnahme der Tageseinrichtung Ferdinand-Lassalle-Straße wird die städt. Tageseinrichtung Schenkstr. 34 ihren Betrieb einstellen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Bewilligung von Landesmitteln sowie die Genehmigung zum vorzeitigen Maßnahmebeginn zu beantragen.
4. Im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung sind mit Ausnahme für eine zusätzliche Tageseinrichtung für Kinder im Einzugsbereich Oberbarmen keine Haushaltsmittel mehr für neu zu schaffende Kindergartenplätze bereit zu stellen.
5. In der 4. Fortschreibung des Bedarfsplanes für Tageseinrichtungen für Kinder ist das Handlungsprogramm (Drs.Nr. VO/0177/01) zu überarbeiten.

Einstimmigkeit

8 Organisationskostenzuschüsse 2003 für anerkannte Jugendorganisationen
Vorlage: VO/1390/03

Frau Güster zeigt sich erfreut darüber, dass die Zuschüsse innerhalb der 7 Gruppen für jede Jugendorganisation leicht angehoben werden kann.

Herr Schmalenbeck weist auf die zukünftig unvermeidliche Kürzung der Zuschüsse wegen der anstehenden Aufnahme neuer Verbände hin.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 06.05.2003:

Die Verteilung der Organisationskostenzuschüsse 2003 für anerkannte Jugendorganisationen in Höhe von 102.000 €, davon 2.800 € für besondere Aktivitäten, wird gemäß Vorschlag des Jugendrings beschlossen.

Einstimmigkeit

9 Entgegennahmen

9.1 Vergünstigungen für InhaberInnen der JULEICA
Vorlage: VO/1161/03

Frau Füssel und **Herr Gerlach** bedanken sich für die Bemühungen der Verwaltung. Frau Füssel vermisst für die JULEICA-Inhaberinnen und -Inhaber Vergünstigungen für die städt. Hallen- und Freibäder.

Herr Dr. Kühn sagt zu, dass er bemüht ist, weitere Überzeugungsarbeit zu leisten.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 06.05.2003:

Entgegennahme ohne Beschluss.

9.2 Zusammenarbeit der städt. Jugendberufshilfe mit dem Arbeitsamt
Vorlage: VO/1387/03

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 06.05.2003:

Beratung auf die Sitzung am 1. Juli vertagt (siehe Hinweise vor Eintritt in die Tagesordnung).

9.3 Projektdokumentation "Kompetenz und Qualifikation" für junge Menschen im Stadtteil Ostersbaum
Vorlage: VO/1379/03

Keine Wortmeldung!

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 06.05.2003:

Entgegennahme ohne Beschluss.

10 Wünsche und Anregungen

Keine Wortmeldung!